

# Warum ein Mindestlohn mehr Probleme schafft als er löst

## Highlights

Michael Christl,  
Monika Köppl-Turyna  
und Dénes Kucsera  
16.02.2017

– Wir haben eine zurückhaltende Schätzung vorgenommen, wie sich ein Mindestlohn auf die Beschäftigung auswirken würde. Sie bezieht sich nur auf sieben von einer Vielzahl an Branchen. Allein so zeigt sich, dass bis zu 20.000 Jobs in Gefahr sind.

– Von den 780 Millionen Euro an höheren Kosten bzw. Ausgaben der Unternehmen profitieren die Arbeitnehmer nur zum Teil: 48,6 Prozent gehen über die Sozialversicherung bzw. Lohnsteuer an den Staat. 51,4 Prozent erhalten die Arbeitnehmer in Form eines höheren Nettogehalts. In absoluten Zahlen sind das 379 Millionen Euro (gerundet) für die öffentliche Hand, 401 Millionen Euro für die Arbeitnehmer.

– Ein Mindestlohn ist zu starr. Er erlaubt es nicht, die Löhne an eine eventuell flauere Konjunktur oder eine Krise in einer bestimmten Branche anzupassen. Kollektivverträge sind besser geeignet, da die Verluste an Jobs für gering qualifizierte, junge Arbeitskräfte geringer sind.

– Lautet das politische Ziel, armutsgefährdete Haushalte besser zu unterstützen, wären niedrigere Sozialabgaben oder höhere Transferleistungen für diese Gruppen eine viel effizientere Lösung. Nicht zuletzt würde ein Mindestlohn eben Jobs kosten und die Arbeitslosigkeit – die Hauptursache für Armut – erhöhen.

– Ein Mindestlohn von 1.500 Euro brutto würde den Konsum um maximal 0,2 Prozent erhöhen. Sich ein spürbares Ansteigen des Konsums zu erwarten, ist eher Hoffnung als Realität.